

**Pressekontakt:**

Pressestelle der Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises

Tel. 02602 - 124 400

E-Mail pressestelle@westerwaldkreis.de

Internet www.westerwaldkreis.de

Datum 27.08.2020

Zeichen 5.635 (ohne Überschrift)

Pressemitteilung der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises

Stellungnahme des Landrates zur Thematik Schulbusmangel

Seit Ende der Sommerferien und der Wiederaufnahme des Regelbetriebs in Schulen und Kitas erreichten die Kreisverwaltung diverse E-Mails von besorgten Bürgerinnen und Bürgern aber auch einige Presseanfragen mit Blick auf die Schulbussituation im Kreis. Landrat Achim Schwickert nimmt diese vielfältigen Anfragen und Beschwerden nun zum Anlass, um sich grundsätzlich zur Thematik zu äußern.

„Meinem Hause, aber auch den Schulen, Kitas, den Busunternehmen, dem ÖPNV/VRM und der Landesregierung ist die aktuelle Situation um die Busverkehre natürlich bekannt und selbstverständlich ist die Problematik unzweifelhaft vorhanden.

Dazu möchte ich an dieser Stelle aber auch Folgendes ganz klar festhalten:

Mit der abwägenden Entscheidung, die Bildung als hohes Gut anzusehen und demzufolge nach den Ferien die Schulen und Kitas im Regelbetrieb, d.h. mit kompletten Präsenzunterricht starten zu lassen, wurde ein Maßstab gesetzt, mit dem man das Risiko einer höheren Ansteckungsgefahr bewusst in Kauf nimmt.

Ich möchte betonen, dass ich es nicht für sinnvoll halte, in dieser ganzen Diskussion um Schul- und Kitaöffnungen und den damit einhergehenden Schwierigkeiten in der Praxis, die Verantwortlichkeiten zwischen Land und Kommunen hin- und herzuschieben. Ganz deutlich: Wir sitzen hier alle in einem Boot und wer das bisher noch nicht begriffen hat, dem ist definitiv auch nicht zu helfen!

Es gilt, sich die unterschiedlichen Rufe nach Regelungsbedarf an den diversen Fronten anzuschauen und in konstruktiver Diskussion nach gemeinsamen und vor allem tragfähigen Kompromissen zu suchen.

Ich für meinen Teil hier im Westerwaldkreis kann sagen: Mein Team nimmt alle Hinweise und Anmerkungen ernst und wir versuchen alles in unseren Möglichkeiten stehende zu tun, um den jeweils Beteiligten gerecht zu werden.

Aber eines sei auch hier ganz deutlich kommuniziert: Dieses Problem der Schulbussituation ist – zumindest derzeit – nicht lösbar, allenfalls können wir für Linderung sorgen.

Lassen Sie mich das am Beispiel des Westerwaldkreises einmal veranschaulichen:

Im Westerwaldkreis erfolgt die Beförderung der Schülerinnen und Schüler sowie der Kindergartenkinder mit rund 215 Bussen und weiteren 150 Kleinbussen. Der Landesgesetzgeber hat für den Schülerverkehr festgelegt, dass bis zu 70 % der zugelassenen Stehplätze genutzt werden dürfen.

Dies führt dazu, dass je nach Alter eines eingesetzten großen Busses zwischen 70 bis 75 Personen befördert werden dürfen.

90 bis ca. 95 % der Fahrten laufen im ÖPNV. Hier kauft der Westerwaldkreis für die Schülerinnen und Schüler Karten, für die wir beförderungspflichtig sind (der Einfachheit halber: alle mit Ausnahme der Oberstufe bzw. Sek II; hier besteht seitens Landesgesetzgeber noch keine Beförderungspflicht). Auf Strecken ohne ÖPNV-Linienverkehr richtet der Westerwaldkreis Vertragsfahrten ein (freigestellter Schülerverkehr) und schließt hier Verträge mit Busunternehmen für die beförderungspflichtigen Schülerinnen und Schüler.

Sowohl vor Corona als auch aktuell war und ist klar, dass der Abstand von 1,50 Meter nicht eingehalten werden kann – deswegen haben wir ja die Maskenpflicht!

Und nun kommen wir zur Ankündigung der Landesregierung, landesweit 250 zusätzliche Busse einzusetzen.

Natürlich ist es eine Verbesserung, wenn jeder Kreis zusätzliche Busse einsetzen kann und wir als Westerwaldkreis werden diese dann auch in enger Abstimmung mit den Busunternehmen in den Einsatz bringen. Allerdings bringt uns das vor Ort nur etwas, wenn auch ausreichend Fahrer da sind, die diese Busse fahren können. Und dennoch werden wir auf einzelnen Strecken an unsere Grenzen stoßen.

Und wenn wir die Busse auf bestimmten Strecken einsetzen, wird es immer jemanden geben, der es ungerecht findet, dass der zusätzliche Bus auf dieser Strecke und nicht auf einer anderen eingesetzt wird.

Bereits aktuell haben alle Busunternehmen Schwierigkeiten, die derzeit vorhandenen Busse mit ausreichend Fahrern zu besetzen.

Schon vor Ankündigung der Landesregierung erhielt die Kreisverwaltung Bedarfsmeldungen vor allem von Eltern, so dass ich die zuständige Fachabteilung gebeten habe, sich mit den Busunternehmen in Kontakt zu setzen, um diesen Bedarf zu konkretisieren. Dieser wird derzeit zusammengestellt.

Meine Prognose ist, dass die landesweit avisierten 250 Busse, aufgeteilt auf alle Landkreise und kreisfreien Städte, nicht ansatzweise ausreichen werden, den tatsächlichen Bedarf decken zu können.

Wenn ein Bus nach den derzeitigen Regelungen mit 70 bis 75 Personen ausgelastet ist, dann sind in diesem Bus alle Sitzplätze und 70 % der an sich zugelassenen Stehplätze tatsächlich besetzt. Wollte man unter den Fahrgästen nun nach links und rechts sowie nach vorne und hinten die Abstandsregelung von 1,50 Metern einhalten, könnte in dem gleichen Bus maximal noch ein Drittel von 70 bis 75 Fahrgästen Platz nehmen. Das heißt, man müsste eigentlich drei Mal so viel Busse einsetzen wie bisher.

Klar ist, so viele Busse haben wir nicht und erst recht nicht so viele Fahrerinnen und Fahrer.

Der geplante Einsatz von 250 zusätzlichen Bussen landesweit wird also nicht dazu führen, dass ab sofort der Abstand von 1,50 Metern in den Bussen eingehalten werden kann. Wer das will, wird zwangsläufig über die erneute Einschränkung des Regelbetriebs und des vollen Präsenzunterrichtes nachdenken müssen. Aktuell bleibt mir und uns allen nur der ernsthafte Appell, die Maskenpflicht auch tatsächlich einzuhalten.

Abschließend möchte ich noch anmerken, dass wir uns – abseits der Situation in den Bussen – die aktuellen Gegebenheiten an den Schulbushaltstellen in den Schulzentren auch noch einmal genauer anschauen werden.“